



In Albanien wächst der Widerstand gegen eines der ambitioniertesten Tourismusprojekte des Landes. Ein milliardenschweres Luxusresort, das mit dem Investor Jared Kushner und seiner Ehefrau Ivanka Trump verbunden ist, hat sich innerhalb weniger Tage zu einem landesweiten Politikum entwickelt. Tausende Demonstranten ziehen seit Ende Mai durch die Hauptstadt Tirana und protestieren gegen Baupläne auf der Insel Sazan sowie in der Küstenregion von Zvërnec nahe der geschützten Lagunenlandschaft Vjosa-Narta.

Zum Symbol der Bewegung wurde ausgerechnet ein Vogel: der rosa Flamingo. Auf Plakaten, Fahnen und aufblasbaren Figuren steht er für den Schutz einer Küstenlandschaft, die viele Albaner als nationales Naturerbe betrachten.

Ein Milliardenprojekt an sensibler Küste

Das Vorhaben wird von der Investmentgesellschaft Affinity Partners unterstützt, die von Jared Kushner gegründet wurde. Die geplanten Investitionen werden je nach Projektumfang auf mindestens 1,4 Milliarden Euro geschätzt. Vorgesehen sind Luxushotels, Villenanlagen, touristische Infrastruktur und exklusive Freizeitangebote auf der bislang weitgehend unberührten Insel Sazan sowie entlang der südlichen Adriaküste.

Die Regierung betrachtet das Projekt als strategische Investition. Albanien will sich als hochwertige Mittelmeer-Destination etablieren und stärker zahlungskräftige Besucher anziehen. Die Befürworter verweisen auf neue Arbeitsplätze, steigende Steuereinnahmen und einen Modernisierungsschub für strukturschwache Regionen.

Doch genau diese Vision stößt auf wachsenden Widerstand.

Der Konflikt um Natur und Eigentum

Umweltorganisationen warnen seit Monaten vor den Folgen des Projekts. Die Region Vjosa-Narta gehört zu den ökologisch wertvollsten Gebieten Albaniens. Die Feuchtlandschaften dienen zahlreichen Vogelarten als Rast- und Brutgebiet. Neben Flamingos leben dort Meeresschildkröten, seltene Robbenarten und zahlreiche Zugvögel.

Kritiker befürchten, dass die geplanten Bauarbeiten hunderte Hektar bislang unberührter Küstenlandschaft verändern könnten. Besonders umstritten ist die Nähe der Projekte zu geschützten Naturzonen. Während die Entwickler versichern, Umweltstandards einzuhalten



und nachhaltige Konzepte umzusetzen, zweifeln viele Naturschützer an der Vereinbarkeit eines Luxusresorts dieser Größenordnung mit den empfindlichen Ökosystemen vor Ort.

Hinzu kommen Fragen zur Vergabe der Grundstücke. Aktivisten werfen den Behörden mangelnde Transparenz vor. Sie kritisieren, dass zentrale Genehmigungen und Verträge nicht ausreichend öffentlich diskutiert worden seien.

Aus einem Umweltprotest wird eine politische Bewegung

Die Proteste haben inzwischen eine deutlich breitere Dimension angenommen. Was als lokaler Widerstand gegen ein Bauprojekt begann, entwickelt sich zunehmend zu einer allgemeinen Kritik an Regierung und Staatsführung.

Viele Demonstranten sehen in dem Projekt ein Symbol für die enge Verbindung zwischen politischer Macht und internationalen Investoren. Der Vorwurf lautet, dass wirtschaftliche Interessen privilegierter Akteure stärker berücksichtigt würden als die Anliegen der Bevölkerung.

Slogans wie „Albanien steht nicht zum Verkauf“ oder „Unsere Küste gehört allen“ spiegeln diese Entwicklung wider. Für zahlreiche Teilnehmer geht es längst nicht mehr nur um Naturschutz, sondern um Fragen von Rechtsstaatlichkeit, demokratischer Kontrolle und öffentlichem Eigentum.

Die Bewegung wird zudem von einer ungewöhnlich jungen Generation getragen. Studenten, Umweltaktivisten und junge Berufstätige prägen das Erscheinungsbild der Demonstrationen. Beobachter sprechen bereits von der größten parteiunabhängigen Protestbewegung seit Jahren.

Eskalation in Zvërnec

Besonders angespannt wurde die Lage nach der Errichtung von Zäunen und Stacheldrahtanlagen auf einem Teil des vorgesehenen Baugeländes bei Zvërnec. Videos von Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und privaten Sicherheitskräften verbreiteten sich rasch in sozialen Netzwerken und verstärkten die öffentliche Empörung.



Für viele Albaner wurde dieses Ereignis zum Wendepunkt. Die Bilder vermittelten den Eindruck, dass ein bislang frei zugänglicher Küstenabschnitt schrittweise privatisiert werde. In einem Land, dessen Küste traditionell als öffentliches Gut verstanden wird, traf dies einen empfindlichen Nerv.

Die Proteste weiteten sich daraufhin von der Region Vlora auf Tirana und weitere Städte aus. Auch in der albanischen Diaspora wurden Solidaritätskundgebungen organisiert.

Edi Rama setzt auf wirtschaftliche Entwicklung

Ministerpräsident Edi Rama verteidigt das Vorhaben weiterhin mit Nachdruck. Seit Jahren verfolgt seine Regierung die Strategie, Albanien als attraktiven Standort für internationale Investitionen zu positionieren. Der Tourismus gilt dabei als zentraler Wachstumsmotor.

Rama argumentiert, dass das Land ausländisches Kapital benötige, um Infrastruktur auszubauen und den Lebensstandard zu erhöhen. Aus seiner Sicht würde ein Stopp des Projekts ein negatives Signal an internationale Investoren senden.

Gleichzeitig steht der Regierungschef unter Druck. Die Opposition nutzt die Proteste, um Fragen nach Transparenz und Korruptionsbekämpfung aufzuwerfen. Auch zivilgesellschaftliche Gruppen verlangen umfassende Offenlegung der Vertrags- und Genehmigungsverfahren.

Ein Testfall für Albanien's europäischen Weg

Die Kontroverse reicht mittlerweile weit über ein einzelnes Tourismusprojekt hinaus. Sie berührt zentrale Fragen, die für Albanien's langfristige Entwicklung entscheidend sind.

Als EU-Beitrittskandidat steht das Land vor der Herausforderung, wirtschaftliches Wachstum mit rechtsstaatlichen Standards und Umweltauflagen in Einklang zu bringen. Die Europäische Union misst dem Schutz sensibler Ökosysteme ebenso große Bedeutung bei wie transparenter Regierungsführung und unabhängigen Kontrollmechanismen.

Die sogenannte Flamingo-Revolution ist deshalb mehr als ein lokaler Protest gegen ein Luxusresort. Sie zeigt die Spannungen eines Landes, das einerseits Investitionen und Modernisierung sucht, andererseits aber seine natürlichen Ressourcen und demokratischen



Institutionen schützen will. Wie die Regierung auf diesen Konflikt reagiert, könnte weit über die Küstenregion von Vjosa-Narta hinaus Signalwirkung entfalten. Für Albanien wird die Auseinandersetzung damit zu einem Gradmesser seiner politischen Reife - und seiner Fähigkeit, Entwicklung und Gemeinwohl miteinander zu verbinden.

Autor: P. Tiko